

Hans Günter Bell und Paul Schäfer

Imperiale Lebensweise: Kritische Anmerkungen und Debattenvorschläge



© danyonited

 **sozialistisches**
forum rheinland

Schriftenreihe

Inhalt

1	Globalisierung: Die Zukunft der Menschheit steht auf dem Spiel.....	3
2	Die Notwendigkeit, unser Leben zu ändern.....	4
3	Kritische Einwände gegen den Begriff der „imperialen Lebensweise“	5
4	Linke Klassenpolitik statt „vereinnahmendes ‚Wir‘“	6
5	Warum kommen ökologischer und sozialer Fortschritt nicht voran?	8
6	Wie kommen wir zu einer solidarischen Gesellschaft?.....	9
7	Die Große Transformation verlangt den starken Staat.....	12
8	Positionen zu beziehen und offene Debatten sind kein Widerspruch.....	14
9	Literatur.....	15

Zu den Autoren

Hans Günter Bell, Köln, *1965, Dr. rer. pol., Diplom-Sozialwissenschaftler, Stadtplaner, Sprecher der LINKEN Köln.

Paul Schäfer, Köln, *1949, Diplom-Soziologe, Publizist, ehemaliges MdB für DIE LINKE (2005-2013).

Beide Autoren sind im Vorstand des Sozialistischen Forums Rheinland tätig.

Das Buch von Ulrich Brand/Markus Wissen über die imperiale Lebensweise (Brand/Wissen, 2017a) hat in der linken Szene eine Debatte ausgelöst. Zu Recht. Es enthält wichtige Denkanstöße, und es spricht zentrale strategische Fragestellungen einer radikalen Gesellschaftsveränderung an, die breiter erörtert werden sollten.

Das erste Wort im Titel – „*imperial*“ – verweist schon darauf, dass Brand/Wissen den internationalen, ja globalisierten Kapitalismus im Visier haben. „*What's new?*“ könnte gefragt werden, schon Marx und Engels haben sich 1847 im Manifest der Kommunistischen Partei dazu geäußert (Marx/Engels 1974). Aber beginnend in der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts und forciert durch das neoliberale Umgestaltungsprojekt, haben wir es heute in der Tat mit weitreichenden Metamorphosen des Kapitalismus zu tun. Diese Metamorphosen waren zwar in den Verwertungsimperativen des Kapitalismus, wie wir ihn kennen, angelegt, haben sich mittlerweile aber zu der Frage verdichtet: Kann die Menschheit so weitermachen? Und falls ja, wie lange noch?



1 Globalisierung: Die Zukunft der Menschheit steht auf dem Spiel

Die globalen Wertschöpfungsketten unserer Tage stellen eine neue Erscheinungsform kapitalistischer Produktionsweise mit weitreichenden Auswirkungen auf Arbeitsverhältnisse, Klima und Umwelt dar. Die Abhängigkeit der kapitalistischen Zentren von den Ressourcen der Peripherie – Arbeitskräfte, Rohstoffe, Vorprodukte – sind eine Grundbedingung kapitalistischer Entwicklung gewesen. Doch scheint das heutige Ausbeutungsverhältnis und die wechselseitige Durchdringung der jeweiligen Gesellschaften von neuer Qualität zu sein. „*Das konzerngetriebene Ernährungsregime*“ (McMichael 2018, 14) – spricht: die kapitalistische Globalisierung des

Landwirtschafts- und Ernährungssektors – kann als Paradebeispiel dafür gelten. Und ganz wesentlich: Die kapitalistische Reproduktion in den Zentren ist ohne Externalisierung der Kosten dieser umweltzerstörerischen Wirtschaftsweise nicht vorstellbar. Brand/Wissen (2017b) heben richtigerweise besonders auf die Widersprüche und Konflikte ab, die diese Form der Globalisierung unwiderruflich hervorbringt: Flucht- und Migrationsbewegungen, gewaltförmigere internationale Beziehungen bis hin zu Kriegen, Zuspitzung von Verteilungskämpfen. All dies verschärft die Notwendigkeit, einen möglichst raschen Ausweg aus der vertrackten Lage zu finden.

Der Verweis von Brand/Wissen auf die Debatte um die Grenzen des Planeten Erde („*planetary boundaries*“) ist u. E. nicht mit apokalyptischen Visionen zu verwechseln, die obskure Sekten schon immer beschworen haben. Die bittere Erkenntnis – auch für die historisch optimistische, ja teils fortschrittsgläubige Linke – ist: Es kann, was den Kapitalismus als „*weltökologisches System*“ (Elmar Altvater) angeht, kein „*Weiter so*“ geben. Die Fortsetzung der imperialen Lebensweise hat ruinöse Folgen für den Globus. Auch wenn wir wenig davon halten, den Menschen mit dem Untergang zu drohen, führt kein Weg daran vorbei, diese Einsicht zu stärken.

Umso wichtiger sind die Frage nach den Gegenkräften zu dieser zerstörerischen Art kapitalistischer Globalisierung und die Frage, welche Programmatik sie stärken kann. Genau hierin dürfte die größte Herausforderung für die Linke liegen – und ihr größtes Problem. Der Text von Brand/Wissen (2017a) bleibt an dieser Stelle deutlich hinter dem zurück, was nötig wäre. Die Menschen wollen schon wissen, wohin die Reise gehen soll. Die Autoren räumen dies selbst ein, sprechen von notwendigen „*Suchprozessen*“ (Brand/Wissen 2017a, 174), um die geeigneten Konzepte der Großen Veränderung zu finden, und verweisen entschuldigend auf die „*analytische Flughöhe*“ (Brand/Wissen 2017c, 64) ihrer Ausarbeitung.

2 Die Notwendigkeit, unser Leben zu ändern

Das zweite Wort im Titel des Buches – „*Lebensweise*“ – ist ein bedeutendes Stichwort für diese Debatte. In der Tat müssen die Auswirkungen des gegenwärtigen Kapitalismus auf den Alltag der Menschen ins Visier genommen werden. Es muss betrachtet werden, woraus sich die relative Stabilität dieses Systems erklärt und wo sich ggf. Bruchstellen auftun. Die Autoren versuchen zu Recht herauszuarbeiten, warum sich die Menschen in Übereinstimmung mit den jeweiligen Akkumulationsweisen des Kapitals verhalten und welche Vorteile die unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen davon haben, sich die gewünschten Arbeits-, Lebens- und Konsumweisen

zu eigen zu machen. Hierbei sind falsche Moralisierung – „angepasste Konsumbürger“, „Leistungsfetischisten“ o. Ä. – zu vermeiden. Vielmehr ist der Frage nachzugehen, wo die Ansatzpunkte gesellschaftskritischer Aufklärung liegen könnten.

Die zukünftigen großen Veränderungen schließen auch nach unserer Überzeugung erhebliche Veränderungen des Lebensstils und der Konsumgewohnheiten der Menschen ein. Gerade das macht das Umdenken so schwierig, auch Linke haben sich in den Verhältnissen eingerichtet. Aber ohne die Änderung liebgegewonnener und angenehmer Gewohnheiten wird die notwendige Transformation nicht zu haben sein. Veränderung der Gesellschaft und Selbstveränderung der sozialen Akteure bedingten sich schon immer wechselseitig.

Die heutige Verzahnung hat indes neue Dimensionen erreicht, erfasst sie doch nahezu alle Aspekte des eigenen Handelns. Um diese Veränderungen durchzusetzen, bedarf es – wie Samuel Decker in seiner Kritik an Brand/Wissen ausführt – „*einer anderen Vorstellung (und Praxis) von Wohlstand*“ (Decker 2018, 57). Denjenigen, die sich in der imperialen Lebensweise eingerichtet haben, müssen Perspektiven eines auch für sie erstrebenswerten „*Guten Lebens*“ aufgezeigt werden. Nur so ist die Bereitschaft zu wecken, sich auf die Veränderungen einzulassen.

3 Kritische Einwände gegen den Begriff der „imperialen Lebensweise“

Die Ausarbeitungen von Brand/Wissen sind mehrfach als anregend aufgegriffen worden, wurden aber auch kritisiert, zum Teil heftig. Am ausführlichsten hat sich bisher der Jenaer Soziologe und Marxist Klaus Dörre mit dem Buch auseinandergesetzt (Dörre 2018a / 2018b). Die eine Ebene der Kritik, die wir nur streifen wollen, bezieht sich auf Annahmen und Schlüsse, die das internationale System des modernen Kapitalismus betreffen. Die heutigen globalen Problem- und Konfliktlagen ließen sich, so Dörre, nicht mit dem einfachen Schema des ungleichen Tauschs und der Externalisierung der Kosten gesellschaftlicher Reproduktion durch die Metropolen zu Lasten der Länder „*des Südens*“ erklären. In jedem Fall sollte sehr genau der Dialektik von „*innerer und äußerer Landnahme*“ Aufmerksamkeit geschenkt werden, d. h. der Ausdehnung neokolonialer Ausbeutungspraxen und der Ausdehnung der Ausbeutung in den entwickelten kapitalistischen Gesellschaften.

Den Hinweis von Dörre, dass eine verengte „*antikolonialistische*“ Sichtweise bei Teilen der progressiven Linken in Nord und Süd tendenziell zur Freisprechung der Herrschaftskasten und -cliquen in den „*Entwicklungsländern*“ führen kann und auch

führt, teilen wir ausdrücklich (Dörre 2018a, 12). Grundsätzlich ist in der Tat zu fragen, wie eine eher schematische Gegenüberstellung Nord vs. Süd die heutigen Entwicklungsprozesse und Dynamiken des kapitalistischen Weltsystems zu fassen vermag. Die von Dieter Boris (Boris 2017) und Klaus Dörre geäußerte Kritik wird von Harald Werner treffend zusammengefasst:

„Der Süden wird nicht vor allem vom Norden ausgebeutet, sondern die Arbeiterklassen beider Hemisphären werden gemeinsam vom international agierenden Kapital geschröpft“ (Werner 2018).

Wir haben es heute mit außerordentlichen Differenzierungsprozessen zu tun, die im Gehäuse der traditionell linken Imperialismus- und Dependenztheorien kaum abzubilden sind. Der phänomenale Aufstieg Chinas, der Aufholprozess Indiens und anderer Schwellenländer, globale Wertschöpfungsketten, die das dem Imperialismus zugeschriebene Prinzip *„Austausch von Rohstoffen (im Süden gewonnen) gegen Fertigwaren (im Norden produziert)“* partiell in Frage stellen, das politische *„Eigenleben“* vieler Regierungen im Trikont, das mit der alten Vorstellung einer Kompradorenbourgeoisie nicht so recht zusammenpassen will, die allenthalben spürbare Erosion der kulturellen Hegemonie der *„westlichen Weltordnung“* (Böhm 2017), das Aufkommen neuer Exportmächte im Landwirtschaftsbereich etc. pp. All dies wirft komplizierte Fragen auf, die wir noch lange nicht beantwortet haben.

4 Linke Klassenpolitik statt „vereinnahmendes ‚Wir‘“

Im Zentrum der Kritik bei Dörre wie auch bei anderen Autoren steht die Auseinandersetzung mit der These, der heutige Kapitalismus und die aus ihm folgende *„imperiale Lebensweise“* sei deshalb so stabil, weil alle Menschen in den kapitalistischen Metropolen – mehr oder weniger – davon profitieren würden. Das vereine gewissermaßen den Bankier, den Industriemanager, den Opel-Facharbeiter und selbst die an den Rande Gedrängten. Gegen dieses *„vereinnahmende ‚Wir‘“* (Dörre 2018a, 12) hat sich Dörre, sonst um Ausgleich und Konzilianz bemüht, energisch gewandt. Er bestreitet, dass sich auch die *„Subalternen“* an den Lebensvorstellungen der oberen Klassen orientieren würden, von einer gemeinsamen Lebensweise könne schon gar nicht die Rede sein.

Einen aus unserer Sicht bedenkenswerten Aspekt spricht Andreas Novy an. Er argumentiert, die Attraktivität und Legitimation der imperialen Lebensweise läge auf dem Feld der individuellen Freiheitsrechte (Novy 2018, 55), verstanden als *„die individuelle Freiheit, ungehindert zu konsumieren.“* In die eigene Lebensführung soll-



© Bart Everson

ten sich öffentliche Einrichtungen nicht reglementierend einmischen. Wie zutreffend diese Einschätzung Novys ist, mussten DIE GRÜNEN leidvoll erfahren, als sie im Bundestagswahlkampf 2013 anregten, weniger Fleisch zu essen, und für einen staatlich geförderten Tag in der Woche plädierten, an dem Kantinen und Mensen nur noch fleischlose Gerichte anbieten sollten. Sie wollten eine „Öko-Diktatur“ errichten und seien eine „Bevormundungspartei“, wurde ihnen vorgehalten. DIE GRÜNEN zogen den Vorschlag dann zurück.

Um diese Widerstände muss man wissen, wenn man für „*verändernde und veränderte Alltagspraxen*“ (Brand/Wissen 2017a, 180) wirbt. In der Tradition von Marx und Engels, die eine Gesellschaft anstreben, in der „*die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist*“ (Marx/Engels 1974, 482), muss man sich heute fragen: „*Wie können Nonkonformismus und Individualität erhalten und gleichzeitig so produziert und konsumiert werden, dass diese Freiheiten nicht auf Kosten anderer realisiert werden?*“ (Novy 2018, 57)

Mit Novy wollen wir für die „*Wiederaneignung des Politischen, des kollektiven Gestaltens des Gemeinwesens und der damit verbundenen Regelsetzung und Regeldurchsetzung*“ (Novy 2018, 57) werben. Als Reaktion auf die Kritik, sie seien „*allzu sehr auf Warenzirkulation und Konsum fixiert*“ (Dörre 2018b, 68; auch: Sablowski 2018), haben Brand/Wissen reagiert und klargestellt:

„*Das Ringen im Alltag um eine solidarische Lebensweise und damit auch um andere Konsummuster ist ein wichtiger Ansatzpunkt. Aber das allein reicht nicht aus. Zentral ist es, den Blick auch auf die Produktionsseite zu werfen, auf die damit verbundene Profitlogik und die systemischen Zwänge der kapitalistischen, patriarchalischen und imperialen Produktions- und Lebensweise*“ (Brand/Wissen 2017c, 65).

Zudem sahen sie sich genötigt, ihr Konzept „*klassenanalytisch und -politisch nach-zuschärfen*“ (Brand/Wissen 2017c, 67). Sie präzisieren, dass die obere Mittelschicht ganz anders in die imperiale Lebensweise eingebunden sei und diese reproduziere als die weniger wohlhabenden Bevölkerungsgruppen, und heben nun hervor, dass „*seit der Krise des Fordismus ... die gesellschaftliche Entwicklung im globalen Norden durch eine (wieder) zunehmende gesellschaftliche Hierarchisierung geprägt [ist], die die Segnungen der imperialen Lebensweise für immer mehr Menschen in weite Ferne rücken lässt*“ (Brand/Wissen 2018, 108).



© foto / Fotolia

5 Warum kommen ökologischer und sozialer Fortschritt nicht voran?

Unseres Erachtens sollte bei der Betrachtung des globalen Kapitalismus streng auf Ursache-Wirkungs-Mechanismen geachtet werden, weil damit zugleich deutlicher gezeigt wird, woran es liegt, dass der ökologische und soziale Fortschritt nicht so vorankommt, wie es erforderlich wäre. Beispielsweise ist es richtig, dass auch die unteren Klassen und Schichten in den „*Genuss*“ einer globalisierten Landwirtschaftsindustrie kommen. Damit sind auch sie in einem System verfangen, dass zur massenhaften Vernichtung bäuerlicher Existenzen und großflächigen Naturzerstörung führt.

Das sollte aber nicht den Blick darauf verstellen, dass die Verursacher, Treiber und Profiteure dieser Entwicklung die großen Nahrungsmittelkonzerne und Bodenspekulanten sind, die von den Politikmanagern in den Einzelstaaten, von der EU-Bürokratie usw. protegert und gefördert werden. Dass sich Verbraucher*innen

gegen einen ökologischen Umbau des Welternährungssystems sperren, hat vor allem damit zu tun, dass sie die damit verbundenen Preiserhöhungen nicht schultern wollen oder können.

Es ist aus unserer Sicht ein falscher Zungenschlag, wenn Brand/Wissen in diesem Kontext von den „*Interessen vieler Konsument*innen, die von dieser Organisation des globalisierten Ernährungsregimes bedient werden*“, sprechen (Brand/Wissen 2018, 105). Das „*Interesse*“ an der saisonunabhängigen Verfügbarkeit von Südfrüchten oder der Verzehr von Fertigprodukten ist ein von den Nahrungsmittelkonzernen künstlich erzeugtes Bedürfnis und hat mit Lebensstandard im Kern wenig zu tun hat. Richtig ist indes der Aspekt, in der Konsumentenrolle auch Handlungsmöglichkeiten für die einzelnen Menschen zu erkennen.

Diese Möglichkeiten sollten aber nicht überbewertet werden. Durch Änderungen des Konsumentenhandelns lassen sich zwar Denkanstöße vermitteln und manche Veränderung im Kleinen erreichen, eine tiefgreifende Veränderungsperspektive wird sich daraus aber nicht ergeben. Daher können wir auch wenig mit der von Brand/Wissen gewählten Überschrift anfangen: „*Überwindung der imperialen Lebensweise als Voraussetzung (sic! HGB/PS) für sozial-ökologische Transformation*“ (Brand/Wissen 2017a, 41).

Dabei ist die Einsicht in die enge Verzahnung von Macht- und Eigentumsverhältnissen einerseits und heutigen Produktions-, Konsum- und Lebensweisen andererseits auch für Brand/Wissen zentral. Diese Einsicht ist auch die Basis für ihre fundamentale Kritik an den Anhängern eines grünen Kapitalismus. Der Glaube, die ökologische Krise im Rahmen des bestehenden Wirtschaftssystems („*der Markt soll es richten*“) und mit Hilfe technologischer Innovationen meistern zu können, ist ein Irrglaube. Der Abschnitt ihres Buches, der sich mit dem „*grünen Kapitalismus*“ beschäftigt, ist unserer Meinung tatsächlich besonders wichtig. Es geht schließlich um den Mainstream der ökologisch-gesellschaftskritischen Debatte, der auch handlungsleitend – bei allen Widersprüchlichkeiten und Roll-Back-Bewegungen à la Trump – für einen relevanten Teil der Staatenwelt ist.

6 Wie kommen wir zu einer solidarischen Gesellschaft?

In der von Brand/Wissen eingenommen grundsätzlich kritischen bis ablehnenden Haltung gegenüber dem „*grünen Kapitalismus*“ wird jedoch aus unserer Sicht eine weitere Schwäche des Buches sichtbar. Dörre hat in seiner Kritik vorsichtig angedeutet, dass wir doch schon froh wären, wenn wir wenigstens den grünen Kapitalismus

hätten. Und genau das ist der Punkt: Es geht um die Übergangsprozesse hin zu einer solidarischen, nachhaltigen Wirtschafts- und Lebensweise! Sich grundlegend kritisch mit den Vorstellungen eines ökologisch modernisierten Kapitalismus auseinanderzusetzen, die Grenzen dieser Idee, ihre Unzulänglichkeit aufzuzeigen – das ist wichtig und richtig. Aber mit Blick auf den Faktor Zeit („es muss sich unverzüglich etwas tun ...“) und die gerade von Brand/Wissen thematisierte Verankerung der imperialen Lebensweise in Produktion, Gesellschaft und Denken der Menschen ist es fahrlässig, bei der Fundamentalkritik stehen zu bleiben.

Es ist die Frage zu stellen, ob Brand/Wissen, wenn sie Einzelelemente eines solchen „systemimmanenten“ Transformationskonzepts sehr pauschal als schädlich, weil irreführend betrachten, nicht deutlich über das Ziel hinausschießen. Eine von den Umweltverbänden geforderte CO₂-Steuer oder auch andere Formen der Inwertsetzung der Natur bzw. der Naturzerstörung als Mittel zu deren Erhalt werden doch nicht dadurch falsch, weil sie noch nicht den Endpunkt einer Umstellung auf nachhaltiges Wirtschaften markieren. Dass solche Maßnahmen begrenzt förderlich sein können, um der ökologischen Krise entgegenzuwirken, räumen die Autoren durchaus ein (161), bleiben aber dennoch bei ihrer grundsätzlichen Ablehnung.



© Michael Movchin

Um es an zwei Beispielen zu illustrieren: Brand/Wissen erklären kategorisch, dass die Zukunft des Verkehrswesens nicht in der E-Mobilität liege. Alles, was sie dazu vorbringen, kann einerseits kaum bezweifelt werden: schlimme Ausbeutung bei der Erzeugung der Komponenten (obwohl sich dies durchaus ändern ließe), die Rebound-Effekte (es wird mehr gefahren), die gesamte Ökobilanz dieser Antriebssysteme (Stromnetze, Ladestationen usw.). Und dass die Konzerne hier eine neue riesige Profitquelle wittern, ist nicht zu übersehen. Und warum sollen schließlich Forschungsmittel in einen Entwicklungspfad gesteckt werden, zu dem es bessere Alternativen (Brennstoffzelle) gäbe?



© *Philippinen-Magazin*

Aber andererseits muss unter den gegebenen Umständen schon gefragt werden, was dagegen einzuwenden ist, wenn der öffentliche Nahverkehr in einer Millionenstadt wie Shenzhen komplett auf E-Fahrzeuge umgerüstet wird, die Menschen freier atmen können, weniger Lärm ertragen müssen und die private Autonutzung begrenzt wird? Mit anderen Worten: Werden wir nicht den Umstieg auf E-Mobilität als längeres Übergangsszenario akzeptieren und vielleicht sogar forcieren müssen?

Dass wir – um ein zweites Beispiel anzuführen – die Berge von Plastikmüll loswerden müssen, steht außer Frage. Müllvermeidung ist oberstes Gebot. Folgt daraus aber zwingend, dass wir uns gegen aktuelle Forschungsprojekte stellen, in denen versucht wird, einen Plastikersatz aus nachwachsenden Rohstoffen herzustellen und wiederverwendbar zu machen? Auch hier liegen die Einwände auf der Hand: landwirtschaftliche Produkte und Flächen, die für die Ernährung der Weltbevölkerung benötigt werden, werden anderweitig verwendet; der Bearbeitungsprozess des Plastikmülls, um ihn wiederverwendungsfähig zu machen, verschlingt erhebliche Energieressourcen – aber auch hier wieder die Frage: Sind Übergangslösungen mit Blick auf den Faktor Zeit nicht unausweichlich?

Und: Wenn es richtig ist, dass die ökologische Wende nur durchgesetzt werden kann, wenn sie den Menschen keine gravierenden wirtschaftlichen und sozialen Nachteile bringt, sind Überlegungen und Ideen, wie durch den Umbau neue, qualifizierte Beschäftigungsverhältnisse entstehen können, dringend geboten – an unseren Beispielen im Bereich von Forschung & Entwicklung und der industriellen Fertigung. Im Klartext: Wir sind für radikales Umsteuern, aber für eine geerdete Debatte darüber, auf welchem Wege, mit welchen realistischen Reformschritten und in welchen Zeiträumen wir dahin kommen.

7 Die Große Transformation verlangt den starken Staat

Überaus kritisch sehen wir auch den Teil des Buches, der sich mit den politischen Alternativen einer Neuen Linken im engeren Sinne beschäftigt. Dabei nimmt die Frage nach der künftigen Rolle des Staates, der öffentlichen Institutionen und der in diesem Raum agierenden Kräfte (Parteien!) einen hohen Stellenwert ein. Dass dieses Thema bei Brand/Wissen eher unterbelichtet ist, halten wir auch für eine relevante Schwachstelle des Buches.

Der Bestimmung des Staates als sozialem Herrschaftsverhältnis können wir noch folgen (Brand/Wissen 2017a, 153). Auch der Gedanke, der Staat sei *„ein höchst asymmetrisches Terrain sozialer Auseinandersetzungen, auf dem sich nur solche gesellschaftlichen Interessen erfolgreich artikulieren und verallgemeinern können, die sich den institutionellen Rigiditäten und kapitalistischen Strukturzwängen zumindest im Grundsatz unterwerfen“* (Brand/Wissen 2017a, 153), enthält viel Richtiges. Aber in dieser Zuspitzung muss die Frage erlaubt sein, was die Quintessenz einer solchen Aussage sein könnte: Zurück zu Lenin? Müsste dann dieser Staatsapparat nicht zerschlagen und durch einen neuen *„proletarischen“* Staat ersetzt werden? Lassen sich grundlegende Transformationen nur außerhalb dieser Institutionen und gegen sie durch eine wie immer zu verstehende *„Zivilgesellschaft“* erreichen? In dieser Hinsicht bleiben die Ausführungen der Autoren außerordentlich blass: Sie reden vom *„institutionellen Umbau“* des bestehenden politischen Systems. Aber wohin soll die Reise genau gehen? Das hätte man gerne gewusst. Und welche Rolle sollen die bestehenden Einrichtungen bei dem einzuleitenden Transformationsprozess spielen?

Wir nehmen an, dass für Brand/Wissen *„Basisdemokratie“* und *„Zivilgesellschaft“* Schlüsselbegriffe bei der Suche nach Antworten sind. Wir stimmen darin überein, dass der Leitgedanke einer zukunftsfähigen Gesellschaft die solidarische Lebensweise ist, und teilen die Auffassung, dass gesellschaftliche Dezentralisierungsprozesse und die hiermit eröffneten Möglichkeiten basisdemokratischer Mitbestimmung- und Entscheidung von großer Bedeutung sind. Dabei geht es um den Gesamtprozess der Organisation des Stoffwechsels zwischen Mensch und Natur sowie der Verhältnisse der Menschen untereinander. Wir reden hier also über regionale Wirtschaftskreisläufe, über eine Energieversorgung, die das Monopol der fossil ausgerichteten Großunternehmen beendet und auf dezentralen Komponenten aufbaut, über Mitwirkungs- und Gestaltungsoptionen der Menschen vor Ort über diese Prozesse usw.

Einen Einwand gegen die Vorstellung, man könne das gesamte Leben überwiegend kommunal bis regional organisieren, formulieren Brand/Wissen jedoch selbst (Brand/Wissen 2018, 110): Gerade die globalen Umweltkrisen verlangen nach internationaler, ja globaler Bearbeitung. Aber dies gilt unseres Erachtens für die Ge-

samtheit der anzugehenden multiplen Krisen, also auch die wirtschaftliche Entwicklung, die Lösung gewaltförmiger Konflikte etc. pp. Hier ist die Staatenwelt gefragt und ihre Bereitschaft, die globalen Institutionen, etwa die UNO (!), zu stärken und zu ermächtigen, das Nötige zu tun. Auch die Realisierung einer begrenzten De-Globalisierung (um den Unsinn der mehrfach um den Erdball kreisenden Produkte zu beenden) setzt ironischerweise globales Handeln voraus: Die Finanzmarktakteure müssen schließlich weltweit an die Kandare genommen werden, eine nachhaltige Landwirtschaft, die auf bäuerlicher genossenschaftlicher Produktion fußt, wird es erst geben, wenn innergesellschaftliche Bodenreformen und internationale Handelspolitiken (etwa der Abbau der Agrarsubventionen der EU) Hand in Hand gehen (Fraktion DIE LINKE im Bundestag 2018).

Die Notwendigkeit öffentlich-staatlicher Regulation ergibt sich auch aus den innergesellschaftlichen Vorgängen selbst: Wenn Dezentralisierung nicht auf neue Konkurrenzverhältnisse und ungleichzeitige Entwicklung hinauslaufen soll, bedarf es zentraler Rahmensetzung! Karl Polanyi (1995) hat aus seiner Analyse eines marktfixierten und dadurch sozial zerstörerischen Kapitalismus den Schluss gezogen, dass es darauf ankäme, die fiktiven Waren Arbeitskraft, Natur und Geld aus dem Markt herauszunehmen. Wie das aussehen sollte, blieb indes unklar.

Es werden in dieser Hinsicht neue Überlegungen gebraucht: Wie kann dieser Prozess der sozialen und ökologischen Begrenzung und Einhegung der Märkte, die wir ja nicht mehr gänzlich abschaffen wollen, gestaltet und damit die gesellschaftliche Kontrolle über die Wirtschaftsprozesse hergestellt werden? Eins ist dabei sicher: Dafür werden starke öffentliche Institutionen gebraucht werden. Die Rede ist also von gesamtgesellschaftlicher, gesamtstaatlicher Rahmensetzung, von staatlicher Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik usw. Da geht es darum, sozial- und umweltrechtliche Standards zu setzen; da müssen die Möglichkeiten des Staates, öffentliche und in welchem Maße auch immer nichtöffentliche Investitionen zu lenken bzw. zu prägen, völlig neu justiert werden; die Forschung & Entwicklung neuer Technologien, die Abschätzung ihrer gesellschaftlichen Folgen, all dies und vieles mehr sollte national, europäisch, international gedacht und koordiniert werden. Wir müssen den Aktionsradius und die Handlungsmöglichkeiten der öffentlichen Institutionen entschieden ausweiten. Dabei ist nicht zuletzt die Frage aufgeworfen, welche Strukturvoraussetzungen ein solcher aktiv strukturierender, „*unternehmerischer*“ Staat braucht. Wir reden hier von Eingriffen in bestehende Eigentumsverhältnisse.

Damit sind zugleich elementare Herausforderungen politischer Zukunftsentwürfe benannt: Wie soll künftig die richtige Balance zwischen zentral und dezentral, zwischen transnationalen, gesamtstaatlichen, föderalen und kommunalen Institutionen und von ihnen zu steuernden Prozessen aussehen? In welchem Verhältnis sollen Markt, Marktregulierung und strategisch planender Staat stehen?

8 Positionen zu beziehen und offene Debatten sind kein Widerspruch

Wir haben in den letzten beiden Abschnitten deutlich zu machen versucht, dass wir erheblichen konzeptionellen Klärungsbedarf für die Linke sehen. Das bezieht sich nicht zuletzt auch auf die Ausarbeitung alternativer Zukunftsentwürfe. Die „*solidarische Lebensweise*“ gilt es für die verschiedenen gesellschaftlichen Schlüsselsektoren wie Arbeit im digitalen Zeitalter, staatliche Industrie-, Forschungs- und Entwicklungspolitik, Wohnen, Mobilität, Energie, Naturbewahrung zu deklinieren; eine Anstrengung, der wir uns gemeinsam und möglichst solidarisch unterziehen sollten.

Eine gewisse Skepsis haben wir dabei gegenüber der sympathischen Grundidee von Brand/Wissen, die Alternativbewegungen unserer Zeit seien ja auch „*Suchbewegungen*“, die zu gegebener Zeit schon das Richtige finden werden. Das ist u. E. zu kurz gesprungen. Mit Brand/Wissen und vielen anderen teilen wir den Ansatz, dass wir eine Mosaiklinke brauchen, deren innerer Umgang durch ergebnisoffene Debatte, Respekt und Toleranz bestimmt ist. Aber: Meinungsunterschiede müssen auch ausgetragen und Positionen geklärt werden können. Pluralität kann nicht völlige Beliebigkeit bedeuten. Wenn aber Brand/Wissen „*by the way*“ all das, was es im linksalternativen Milieu an Ideen und Vorstellungen gibt, unter diese Rubrik „*Suchbewegung*“ subsumieren – um zwei Beispiele zu nennen: De-Growth oder bedingungsloses Grundeinkommen –, so halten wir das für wenig produktiv und zielführend. Eine progressive Linke, die stärker und wirkungsmächtiger werden will, wird sich schon auf einen gemeinsamen Forderungs- und Handlungskorridor verständigen müssen. „*Lasst tausend Blumen blühen*“ reicht nicht. Es geht hier nicht um typisch linke Besserwisserei, sondern immer um die Frage, welche Antworten am ehesten geeignet sind, die Probleme zu lösen und Mehrheiten in unserer Gesellschaft zu erreichen.

© Pixabay



9 Literatur

Böhm, Andrea, 2017: Das Ende der westlichen Weltordnung, München 2017.

Boris, Dieter, 2017: Imperiale Lebensweise? Ein Kommentar, in: Sozialismus, Heft 7/8-2017, S. 63-65.

Brand, Ulrich / Markus Wissen, 2017a: Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus, München 2017.

Brand, Ulrich / Markus Wissen, 2017b: Unsere schöne imperiale Lebensweise, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 5/2017, S. 75-82.

Brand, Ulrich / Markus Wissen, 2017c: Imperiale Lebensweise! Modernisierung oder Überwindung von Herrschaft? Replik auf Dieter Boris und Eröffnung einer Debatte, in: Sozialismus, Heft 12-2017, S. 63-67.

Brand, Ulrich / Markus Wissen, 2018: »Nichts zu verlieren als ihre Ketten?« Neue Klassenpolitik und imperiale Lebensweise, in: Luxemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis, Heft 1/2018, S. 104-111.

Decker, Samuel, 2018: »Imperiale Lebensweise« und »Neue Klassenpolitik« zusammendenken. Für eine internationalistische Alternative zur Abschottungspolitik, in: Sozialismus, Heft 2-2018, S. 55-57.

Dörre, Klaus, 2018a|b: Imperiale Lebensweise – eine hoffentlich konstruktive Kritik, Teil I in: Sozialismus, Heft 6-2018, S. 10-13, Teil II in Heft 7/8-2018, S. 65-71.

Fraktion DIE LINKE im Bundestag (Hg.), 2015: Plan B konkret. Wem gehört das Land? Der Kampf um den Boden, Berlin 2015.

Marx, Karl / Engels, Friedrich, 1974: Manifest der Kommunistischen Partei, in: MEW, Bd. 4, S. 459-493, Berlin 1974.

McMichael, Philipp, 2018: Im Bauch der Bestie. Widersprüche des globalen Ernährungssystems, in: Luxemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis, Heft 1/2018, S. 10-19.

Novy, Andreas, 2018: Imperiale Lebensweise, Freiheit und Grenzen, in: Sozialismus, Heft 10-2018, S. 53-57.

Polanyi, Karl, 1995: The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen, Frankfurt a.M. 1995.

Sablowski, Thomas, 2018: Warum die imperiale Lebensweise die Klassenfrage ausblenden muss, in: Luxemburg online, URL: <https://www.zeitschrift-luxemburg.de/warum-die-imperiale-lebensweise-die-klassenfrage-ausblenden-muss>, 2018.

Werner, Harald, 2018: Imperiale Lebensweise, URL: <https://www.harald-werner-online.de/index.php?id=306>, 2018.



Das Sozialistische Forum Rheinland (SoFoR) ist ein überparteilicher und pluraler politischer Zusammenhang von LinksozialistInnen, die sich in unterschiedlichen Parteien und sozialen Bewegungen engagieren.

Trotz seiner Pluralität zeichnet sich unser Zusammenhang durch gemeinsam entwickelte Grundüberzeugungen aus. Wir beharren darauf, dass die von den Menschen eingegangenen gesellschaftlichen Verhältnisse den Menschen nutzen sollen, statt sie der Kapitallogik zu unterwerfen. Wir halten daher an der Zielvorstellung der Überwindung des Kapitalismus fest. Die individuelle Entfaltung eines jeden Einzelnen, materieller Wohlstand für die gesamte Menschheit, die Emanzipation der Frauen und die Gleichstellung der Geschlechter, die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen und die Sicherung von Frieden lassen sich nur verwirklichen, wenn mit der kapitalistischen Logik gebrochen wird.

Wir streben daher nach wie vor eine sozialistische Gesellschaft an, in der die gesellschaftliche Produktion und Zirkulation tatsächlich der bewussten gemeinsamen Steuerung aller Mitglieder der Gesellschaft unterstellt werden.

Impressum

Herausgeber: Sozialistisches Forum Rheinland, c/o Verein zur Förderung der politischen Kultur, Postfach 210606, 50531 Köln

Redaktion: Hans Günter Bell, Alexander Recht, Paul Schäfer

Layout: Alexander Recht

Auflage: 450 Exemplare

Schriftenreihe des Sozialistischen Forums Rheinland

Köln, im Dezember 2018

Mehr Infos im Internet unter: <https://www.sf-rheinland.de>